



Jahresbericht DRK 2016

Im August 2016 wurden in der Demokratischen Republik Kongo die politischen Gefangenen Fred Bauma und Yves Makwambala freigelassen. Sie waren am 15. März 2015 auf einer Pressekonferenz von Aktivisten der Zivilgesellschaft zusammen mit mindestens 30 anderen Personen verhaftet worden. Sie hatten zuvor einen Workshop über Möglichkeiten der Einflussnahme auf politische Prozesse abgehalten. Während die anderen Festgenommenen schnell wieder freigelassen wurden, blieben Fred Bauma und Yves Makwambala in Haft und wurden der Verschwörung gegen das Staatsoberhaupt angeklagt. Ein Prozess fand bisher nicht statt und auch die Anklage wurde bisher nicht fallen gelassen. Damit besteht die Gefahr, dass die freigelassenen Aktivisten erneut inhaftiert werden.

Die Menschenrechtsaktivisten Christopher Ngoyi und Jean Marie Kalonji wurden ebenfalls im August 2016 nach 19 Monaten Haft bzw. acht Monaten Haft aus dem Gefängnis entlassen. Beide befanden sich zeitweise in Einzelhaft ohne Kontakt zu Familie und Rechtsbeistand. Das Risiko, Opfer von Folter und Misshandlung zu werden, ist in Isolationshaft besonders groß.

2016 nahmen die Proteste gegen den seit 2001 amtierenden Präsidenten Joseph Kabila, welche bereits 2014 begonnen hatten, zu. Kabilas zweite Amtszeit endete am 19. Dezember 2016, eine dritte Amtszeit ist in der Verfassung nicht vorgesehen. Anlass der Proteste war die Nicht-Bekanntgabe eines Wahltermins trotz des Ablaufens der Amtszeit von Joseph Kabila. Die Wahlkommission erklärte die zeitliche Verzögerung mit Geldmangel und einer Überarbeitung des Wahlregisters. Das Verfassungsgericht hatte im Mai 2016 geurteilt, dass Joseph Kabila solange im Amt bleiben würde, bis ein Nachfolger im Amt sei. Das Nicht-Ausrufen einer neuen Wahl ermöglichte es Joseph Kabila also trotz formellen Ablaufs seiner zweiten Amtszeit an der Macht zu bleiben.

Die Proteste gegen dieses Verhalten wurden insbesondere im September 2016 brutal niedergeschlagen. Nichtregierungsorganisationen gingen von 25 Todesopfern aus, darunter drei Polizisten. Eine Untersuchung der Vorfälle durch die Polizei fand bisher nicht statt. Amnesty International forderte die kongolesischen Behörden auf, die gewaltsamen Zusammenstöße unabhängig und gründlich zu untersuchen und die Verantwortlichen rechtlich zur Verantwortung zu ziehen. Im November 2016 wurden die nächsten Präsidentschaftswahlen für April 2018 anberaumt.